



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Archiv
des Vorstandes der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands, Bonn
28. JUNI 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

P/XVI/142 - 28. Juni 1961

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	<u>Aufklärung über und für Deutschland</u> Die Bedeutung einer aktuellen SPD-Forderung Von Günter Markscheffel	91
2 - 4	<u>Algerienpolitik in der Sackgasse?</u> Politische Bilanz einer Reise nach Algerien Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	130
5	<u>"Arbeiterfestspiele" in Magdeburg und Stendal</u> Viel Prominenz und "Neuer Typus"	40
6	<u>Zeitgeschehen...</u> <u>Zwei Seiten "DUD"</u> Willy Brandt und die Soldaten	41

* * *
* * *
*

Aufklärung über und für Deutschland

Die Bedeutung einer aktuellen SPD-Forderung

Von Günter Markscheffel

In mehreren Erklärungen haben Erich Ollenhauer und Herbert Wehner dieser Tage gefordert, dass die Bundesregierung im befreundeten und neutralen Ausland die Aufklärungsarbeit über und für Deutschland verstärkt. Im Bundespresse- und Informationsamt, aber auch im Bundeskanzleramt, ist dazu unter der Hand gesagt worden, die Sozialdemokraten rennen offene Türen ein. Nun wissen wir aus Erfahrung, dass gerade in diesen beiden Ämtern nur das "gut" ist, was dort selbst als "Idee" das Licht der Welt erblickt. Das stört uns nicht, denn die Sache, um die es geht, ist zu wichtig, als dass wir zulassen dürften, sie in der Routine eines Amtsvorganges versickern zu lassen.

Jeder Auslandsreisende - auch der nicht unbedingt politisch interessierte Auslandsreisende - kann feststellen, dass die Kenntnis über die wirklichen Probleme Deutschlands im Ausland verhältnismässig gering ist.

Wie wäre es sonst möglich, dass in dem befreundeten Land Italien, das bekanntlich eine der Bundesregierung politisch nahestehende Regierung hat, fast die gesamte Presse während der letzten Tage in Zusammenhang mit der internationalen Diskussion über Südtirol die Bundesrepublik fälschlicherweise als "Herd des Pan-Germanismus und Revanchismus" bezeichnet. Diese Tatsache weist auf ein völliges Versagen der amtlichen Informationsstellen zurück, das umso schlimmer ist, wenn man bedenkt, dass Bundeskanzler Dr. Adenauer seit Jahren seinen Urlaub in Cadenabbia verbringt!

Die italienische Presse übernimmt - mit wenigen Ausnahmen - die Propagandaslogans von Pankow, woraus geschlossen werden kann, dass alles, was dort von offizieller bundesrepublikanischer Seite bisher informativ für Deutschland getan wurde, nicht sehr tief sitzt.

Wer in den letzten Wochen die amerikanische Presse verfolgt hat, die etwas abseits der grossen und bekannten politischen Zentren Nordamerikas erscheint, wird ebenfalls festgestellt haben, dass sogar dort das Wissen um die Realitäten des deutschen Problems sehr gering ist. Wenn dann noch hinzu kommt, dass im Zusammenhang mit dem Eichmann-Prozess direkt und indirekt gefragt wird, warum Adenauer einen Globke hält, nachdem er einen Oberländer nach Hause geschickt hat, ist ungefähr auszurechnen, wie wirkungsvoll die Propaganda Pankows und Moskaus gegen die Bundesrepublik gewesen ist.

Jeder deutsche Parlamentarier, der in letzter Zeit eine Informationsreise nach Afrika unternommen hat - und deren gibt es nicht wenige -

ist zurückgekommen mit der bangen Frage, was denn eigentlich geschieht, um der Infiltration Pankows und Moskaus bei den jungen und neutralen Staaten des afrikanischen Kontinents entgegenzuwirken. Da liegen in den bundesrepublikanischen Botschaften und Konsulaten Broschüren herum, deren Inhalt von der Voraussetzung auszugehen scheint, als wisse man heute schon in jedem afrikanischen Stamm genau, dass die sogenannte DDR kein "Staat" ist.

Aber man braucht gar nicht nach Afrika oder Asien zu reisen, um dies zu erleben. Sogar in Paris wurde vor nicht allzu langer Zeit versucht, eine graphisch ausgezeichnet aufgemachte "Illustrierte" in französischer Sprache mit Hilfe der deutschen Botschaft unter das Publikum zu bringen, die in ihrem Inhalt kaum etwas von der Dramatik der Spaltung Deutschlands ahnen lässt. Jahrelang in Frankreich arbeitende deutsche Diplomaten, die die Mentalität des französischen Volkes sehr gut kennen, wurden vor Herausgabe dieser "Illustrierten" nicht einmal gefragt, was sie von dem Inhalt denken. Als dann an die zehntausend unverkäufliche Exemplare in den Korridoren der deutschen Botschaft herumlagen und das Auswärtige Amt in Bonn von fachkundiger Seite auf die Unmöglichkeit des Verfahrens aufmerksam gemacht wurde, gab es sehr unfreundliche Antworten.

Die Forderung Ollenhauers und Wehners nach einer wirkungsvollen Aufklärung über und für Deutschland ist daher mehr als berechtigt. Wir möchten aber darauf hinweisen, dass es in dieser Situation nicht genügen dürfte, den Etat für das Informationswesen der Bundesregierung zu erhöhen. Hier geht es um ein ganz anderes Problem, das nicht nur mit Geld gelöst werden kann. In der Deutschen Sozialdemokratie gibt es viele hervorragende Persönlichkeiten, die auf Grund ihrer klaren politischen Vergangenheit einen sehr guten Ruf im Ausland haben. Den "Mangel", dass sie über keine durchgehende Karrierebahn in der offiziellen Diplomatie verfügen, wie viele andere, die heute die Bundesrepublik im Ausland vertreten, sollte man endlich beiseiteschieben. Auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens, in Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft verfügt die stärkste Oppositionspartei über Frauen und Männer, die gerade jetzt, da es um die Abwehr des Zugriffs auf Berlin und eines separaten Friedensvertrages Moskaus mit Pankow geht, für das ganze Deutschland eingesetzt werden könnten.

Eine Regierung, die sich die Summe der Erfahrungen dieser im Ausland und in Deutschland angesehenen Persönlichkeiten nicht zunutze macht, hat nicht begriffen, woran es jetzt geht.

Schon einmal nach dem Kriege hat die Deutsche Sozialdemokratie ihre Besten nach vorn geschickt, um besonders im westlichen Ausland gegen die beabsichtigte Denontagepolitik der damaligen Siegermächte anzukämpfen. Namen wie Schümacher, Böckler, Ollenhauer, Nölting, Brauer, Kaisen, Zinn - um nur einige stellvertretend für viele zu nennen - vollbrachten das damals aussichtslos erscheinende Werk der Umstimmung einer heute historisch als falsch erkannten Deutschlandpolitik. Kaum ist jemals diesen Männern ein Wort des Dankes für ihre Leistung gewidmet worden. Die beste Anerkennung für ihr damaliges Wirken wäre der Einsatz aller befähigten demokratischen Kräfte - ohne Unterschied der Partei! - in der Aufklärungsarbeit über und für Deutschland.

Algerienpolitik in der Sackgasse?

Politische Bilanz einer Reise nach Algerien

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Der Abbruch -oder die "Unterbrechung"- der französisch-algerischen Besprechungen erfolgte, weil man sich nach dreiwöchigen Beratungen um keinen Deut näher gekommen war. Auch in den darauf folgenden 14 Tagen "Überlegungen" ist keine Annäherung erfolgt. Was nun?

Frankreichs Konzessionen

Frankreich hat zweifellos grosse Zugeständnisse gemacht, die man sich vor einigen Jahren noch nicht einmal vorstellen konnte: Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes Algeriens bis zum Recht auf Unabhängigkeit und Lostrennung, Anerkennung der FLN als zuständiger und faktisch einziger Verhandlungspartner, Diskussion nicht nur über die Feuereinstellung, sondern auch über die politische Zukunft Algeriens, Verhandlungsbeginn, obwohl die FLN es ablehnt, vor Proklamierung der Unabhängigkeit "das Messer in der Garderobe anzuliefern" und die bewaffnete Aktion sogar noch verstärkt.

Den von Frankreich gemachten Konzessionen sind aber gewisse Grenzen gesetzt, die von wirtschaftlichen Interessen, vom staatlichen Prestige und nicht zuletzt von dem Druck der Algerienfranzosen und des Offizierkorps bestimmt werden - nicht nur von der rechtsradikalen Untergrundorganisation OAS, sondern auch von den meisten im April loyal gebliebenen Offizieren.

Innerhalb der französischen Regierung scheint es, im Wechselspiel der verschiedenen Kräfte, Nuancen zu geben. Während General de Gaulle seit gewisser Zeit die innere und äussere Souveränität Algeriens -mit anderen Worten, die politische und staatliche Unabhängigkeit- bei gleichzeitiger Assoziation mit Frankreich als durchaus mögliche und zweckmässige Lösung ins Auge fasst (wobei das Wort "Unabhängigkeit" in öffentlichen Reden bis jetzt vermieden wurde), beschränken sich andere Persönlichkeiten der V. Republik auf viel vage-re Formulierungen, wie z.B. "Neues Algerien". Sie legen die Betonung nicht auf "Souveränität", sondern auf "Assoziation".

Die Waffenpause

Ähnliche Widersprüche und Spannungen gibt es auch bezüglich der von Frankreich beschlossenen Feuereinstellung, die faktisch nur ein Verzicht auf gross angelegte Offensiven ist (im Stil der Operation "Feldstecher"). Die Offiziere akzeptierten de Gaulles Befehl Ende Mai nur mit Widerstreben und Widerwillen. Sie befürchteten -nicht ohne gute Gründe-, dass eine relative Waffenruhe zu einer Stärkung und Festigung des militärischen und politischen Apparates der FLN-Gruppen führen müsste.

"Wir sehen mit unseren Ferngläsern, wie sich die FLN-Gruppen auf bestimmten Hügeln sammeln, wo man sie seit Jahren nicht gesehen hat",

erklärten uns verschiedene Offiziere schon Anfang Juni in Algerien.

Dennoch, sie fügten sich. Der Oberkommandierende Gambiez, einer der wenigen wirklich republikanisch gesinnten Generale hatte ihnen erklärt, dass "auf die Chirurgie des Krieges friedliche Methoden folgen müssen, dass die Armee keine eigene Politik machen und die Hoffnungen der Mütter nicht enttäuschen dürfe". (Leider wurde Gambiez seither seines Amtes enthoben, weil er im April Häftling der rechtsradikalen Putschisten wurde und weil ein General, nach Auffassung der gegenwärtigen Staatsführung, sich nicht gefangen nehmen lassen darf).

Als trotz Abbruch der Evian-Verhandlungen am 20. Juni von Paris eine fristlose Verlängerung der I.O.O. (Abkürzung für "Interruption des Opérations Offensives") dekretiert wurde, äusserten viele Offiziere ihren Unmut offen.

Dieser Stimmung trägt zweifellos der neue Oberkommandierende der französischen Streitkräfte in Algerien, General Ailleret, Rechnung, wenn er einen etwas anderen Ton anschlägt. I.O.O. - gewiss, aber damit wird auch das "Verfolgungsrecht" verbunden, d.h. die französische Armee hat angreifende FLN-Gruppen nicht nur abzuwehren, sondern ihnen auch nachzustellen. Mit anderen Worten, ein Waffenstillstand ohne Zustimmung der FLN ist nicht möglich.

Die FLN-Demonstrationen

Ein besonderes Problem stellen in diesem Zusammenhang die politischen FLN-Demonstrationen. Man scheint den Unterschied zwischen der bewaffneten Aktion der "Maquis" und politischen Kundgebungen in den Städten noch nicht erfasst zu haben. Wenn General de Gaulle seit zwei Jahren die FLN auffordert, den bewaffneten Kampf einzustellen und sich politisch zu betätigen, so in der Absicht, den Bürgerkrieg abzubauen und das Problem auf politischer Ebene zu lösen.

Wie könnte die FLN sich aber politisch anders betätigen, als durch Versammlungen, Kundgebungen, Flugzettelpropaganda und Zeigen der algerischen Nationalfahne? Die zuständigen französischen Kreise sollten diesen Umschwung vom Terror zur politischen Propaganda als Fortschritt vom Krieg zum Frieden begrüssen. Gibt es denn einen anderen Weg, die Bewegung des algerischen Nationalismus in friedliche und legale Bahnen zu lenken und den unvermeidlichen Wandel mit möglichst wenig Blutvergiessen zu verwirklichen?

Von der Illegalität zur Legalität

Zahlreiche Algerier, nicht nur ausgesprochene Anhänger der FLN, sondern auch legal gewählte Gemeinderäte bestätigten mir, ebenso wie hohe Beamte der französischen Verwaltung, dass die erdrückende Mehrheit der mohammedanischen Bevölkerung Algeriens "für die FLN" sei, sich mit ihr solidarisch fühle, die meisten aus Überzeugung, die anderen gezwungenermassen, unter dem Druck der allgemeinen Stimmung. "70 Prozent aus freiem Willen, 30 Prozent aus Zwang", sagte mir ein algerischer Würdenträger. 90 Prozent, erklärte mir ein Vertreter der

französischen Generaldelegation.

Man kann dazu stehen, wie man will, man kann es evtl. vom parlamentarisch-demokratischen Standpunkt bedauern, dass es nicht mehrere politische Parteien gibt, wie z.B. in Marokko. Keinesfalls aber kann man auf die Dauer eine politische Bewegung, die die grosse Mehrheit des Volkes und insbesondere die politisch sehr rege mohammedanische Jugend hinter sich hat, im Untergrund halten.

Dies sollte man seit Dezember 1960 begriffen haben. Die damals vollzogene Wendung ist unwiderruflich. Die Demonstrationen mögen seinerzeit von gaullistischen Gruppen gefördert worden sein, um den rechtsradikalen Ultras einen Strich durch die Rechnung zu machen. Der illegale FLN-Apparat mag vom Massenausbruch in der Kasbah überrumpelt und überflutet worden sein. Dies sind nebensächliche Aspekte im Gesamtgeschehen.

Wesentlich ist, dass die nun einmal entfalteten politischen Energien weiter wirken und dass auch die gegenwärtigen sporadischen Kundgebungen in verschiedenen Teilen Algeriens eminent politische Bedeutung haben, die man anerkennen muss und die man keinesfalls auf eine Stufe mit individuellen oder gruppenweisen Terrorakten stellen kann. Auch das Gerücht oder die Tatsache, dass algerisch-nationalistische Massendemonstrationen von bewaffneten Gruppen begleitet sind, sollte nicht unbedingt als Drohung gegen die europäische Bevölkerung aufgefasst werden, es könnte sich auch um einen selbst gewählten Ordnungsdienst handeln, mit dem Ziel, Exzesse zu verhindern.

Die von städtischen und dörflichen Demonstranten, Arbeitern, Arbeitslosen, Landarbeitern, jungen Menschen und Kindern gezeigte grüne Fahne, verbunden mit dem Ruf "Algerisches Algerien" (frei nach de Gaulle) sollte jedenfalls nicht mehr als rotes Tuch wirken. Selbst die Partisanen, die im Zeichen der Waffenruhe, von den Bergen in die Dörfer und Städte kamen, könnten Symbole eines Wandels sein, vom Bürgerkrieg zum Frieden, von der Untergrundbewegung zur schliesslichen Legalität der Nationalbewegung.

Neue Putschgefahr

Die rechtsradikale Untergrundorganisation OAS setzt alles daran, um diese Entwicklung aufzuhalten. Sie schreckt auch vor fingierten Mordanschlägen nicht zurück, die dann dem politischen Gegner zur Last gelegt werden.

Es besteht weiterhin die sehr konkrete Gefahr, dass die Ideen der OAS in gewissen Militärkreisen, die bis jetzt loyal waren, Gehör oder wenigstens Anklang finden. Die OAS betrachtet sich ja nur als Vortrupp und zielt darauf ab, die ganze französische Armee zur Auflehnung zu treiben und für eine sogenannte "nationale Revolution" zu gewinnen. Der Aprilputsch dieses Jahres war durchaus kein abschliessendes Ereignis, sondern nur ein Markstein zu neuen und besser vorbereiteten Umsturzversuchen, die man schon im Laufe dieses Sommers erwartet.

"Arbeiterfestspiele" in Magdeburg und Stendal.

EGS- Die vielseitigen europäischen Festspiele und Festivale lassen der SED keine Ruhe. Abgeschnittenheit der SBZ-Bevölkerung von der übrigen Welt macht sich spürbar als Unruhe bemerkbar, denn man hört in der Zone dieses und jenes von europäischen und auch deutschen Festwochen und Festspielen, bei denen gute Kontakte zu den übrigen Völkern Europas entstehen. Solche Kontakte zu Völkern der Freien Welt kennen die Menschen des deutschen Ostens und Mitteldeutschlands überhaupt nicht mehr, es sei denn, sie können als stille Besucher aus dem Ostsektor einmal in den Westsektor Berlins einreisen, wie jetzt zu den Filmfestspielen 1961, um etwa im Corso-Theater am Gesundbrunnen westliche Filme gegen östliche Mark oder sogar frei ansehen zu können.

In die entstandene Lücke grückte die SED jetzt "Festspiele neuen Typus": die "Arbeiterfestspiele".

Diese wurden in der Hermann-Gieseler-Halle am Domplatz von Magdeburg eröffnet; in Anwesenheit von Ulbricht, Matern, Warnke, Bentzien und dem polnischen Kulturminister Tadeusz Galinski. 15 000 "Laien-künstler" und 5 000 Berufskünstler hatte man zusammengetrommelt. In "Kulturhäusern", auf Wiesen und Plätzen tummelte sich nun über zehn Tage der deutschsprachige Sowjetismus in "Arbeiterfreude" auf Kommando. Die Zuschauer mussten sogar bei strömenden Regen bei Volkstänzen aushalten, denn sie waren "delegiert".

Herbert Warnke vom Parteibüro der SED sprach von "Sozialismus, Frieden und Völkerfreundschaft als Idee der Arbeiterfestspiele", und der Chor sang dazu das "Lied von den Wäldern", die der Sozialismus pflanzt, nach der übrigens eindrucksvollen Musik Dimitri Schostakowitsch'. Man hatte im NS-Stil alles aufgeboten, was in der "DDR" hohe Gagen bezieht: erste Balletttänzer der "Staatsoper", Solisten, verdiente Schauspielerinnen des Volkes, aber auch junge Pioniere und "Ernst Thälmann-Künstler".

Befriedigt nickte dazu Alexander Aousch, kommunistischer Mexiko-Heimkehrer und Kulturchef. Besonders, als die "Gruppe Neues Lied" aus Basel sang oder ein Lehrlingskabarett den "westlichen Gabidalismus" aufs Korn nahm. In der Stendaler Freilichtbühne aber sassen Tausende zusammen mit sowjetischen Soldaten und sahen Darbietungen der Sowjetischen Armee und ein Gastkonzert des Dresdner Kreuzchores, unter Prof. Rudolf Mauersberger. Die Volkswerft Stralsund sang ein Lied von der "Schönheit des sozialistischen Lebens", und alte Arbeiter kratzten sich nachdenklich den grauen Kopf. Auf dem Marktplatz von Stendal wurde die "Chronik des Roland" aufgeführt und einer sagte: "der sieht aus wie Spitzbart Ulbricht.

* * *

Zeitgeschehen ...

Zwei Seiten "DUD"

W.J. - Die Erfolgsreise des Regierenden Bürgermeisters von Berlin durch Deutschland scheint der CDU nicht nur auf den Magen geschlagen und auf die Nerven gegangen zu sein - auch das Gehirn muss etwas abbekommen haben. Anders sind die Verkrampfungen nicht zu erklären, mit denen der "DUD" geschlagene zwei Seiten seines Montags-Dienstes füllt.

Der "DUD" hat nämlich etwas dagegen, dass Willy Brandt in Koblenz eine Kaserne besuchte. Nun wehrt sich die CDU/CSU stets mit Händen und Füßen gegen den Verdacht, in der Bundeswehr eine Parteiarmee und nicht eine Armee des g a n z e n Volkes zu sehen. Geht aber ein Vertreter der zweitstärksten Partei in eine Kaserne, schon ist das Lamento gross.

Die CDU/CSU nimmt ihre Zuflucht zu Beispielen, denen sie angeblich "zahlreiche gleichbedeutende" anreihen könnte. Nun ist Beweisführung durch Beispiele immer deshalb problematisch, weil sich in der Regel ebensoviele Gegenbeispiele erbringen lassen. Sind die angeführten und die zahlreichen "gleichbedeutenden" aber so dürftig wie die im "DUD", dann wiegen hundert von ihnen den Brandt-Besuch in Koblenz noch nicht auf.

Da wird das Wort eines Bundestagsabgeordneten aus dem Jahre 1956 zitiert - dessen Pfarrer-Eigenschaft man schamhaft verschweigt -, der schon 1957 nicht mehr kandidierte. Selbst der Bericht über eine berührt gewordene Rede des keineswegs der SPD angehörenden Pastors Niemöller im "Vorwärts" wird zur Beweisführung herangezogen, obwohl gleichartige Berichte damals in a l l e n deutschen Tageszeitungen zu finden waren. Ferner wird als Kronzeuge ein Parteitag delegierter von Godesberg zitiert - ohne Erwähnung der Tatsache, dass die Auffassung dieses Delegierten mit 16 gegen 247 Stimmen unterlag.

Und dann wird mehr als eine halbe Seite auf die unerhörte Tatsache verwandt, dass es in der SPD Pazifisten gibt. Es wird festgestellt - damit es nicht mehr wackelt - dass die SPD gleichzeitig Pazifisten und Soldaten in ihren Reihen habe, was eine grosse Paradoxie sei.

Ihr Armen! Habt Ihr mal das Grundgesetz gelesen? Wollt Ihr etwa in einer demokratischen Partei verbieten, was die Verfassung ausdrücklich zubilligt und schützt? Fällt der CDU/CSU denn wirklich kein anderes Argument gegen die SPD mehr ein, als dies, dass sie sich getreu den Vorschriften der Verfassung verhält?

Freilich, freilich, das Grundgesetz steht bei der CDU/CSU offensichtlich nicht mehr hoch im Kurs. Der Bundeskanzler "stöhnt" sogar darunter - da braucht man nicht mehr so pingelig zu sein. Uns aber gestatte man, wie bisher, so auch weiterhin das Grundgesetz zu wahren und zu verteidigen. Mit Leuten, die gegen die Verfassung handeln, hat das deutsche Volk in den letzten dreissig Jahren nämlich sehr schlechte Erfahrungen gemacht!

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel